

„Fusion-Festival: Polizeipräsident will größtes alternatives Kulturfestival Europas verhindern“ titelte eine Pressemitteilung Anfang Mai 2019. Doch es geht um mehr

...

Was sich erst als verschwörungstheoretisches Trara las, entpuppte sich schnell als dubioses Spiel zwischen Kultur und Politik. Denn es geht um die Selbstgestaltungsfreiheit kultureller und künstlerischer Orte. Somit betrifft das Thema nämlich auch alle anderen Versammlungsräume im kulturellen und subkulturellen Kontext, Konzerte, Festivals, freie Bühnen sowie die gesamte Clubkultur.

Doch nach einander. Worum geht es überhaupt?

Das Fusion Festival in Lärz (die Gemeinde Lärz liegt im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) seit über 20 Jahren und mit derweil rund 70.000 Gästen eines der großen, wenn nicht größte unkommerzielle, alternative Kulturfestival Europas.

Dabei treten über 1.000 Künstler*innen und Gruppen auf. Das Festival findet auf einem ehemaligen russischen Militärflugplatz statt, den der Verein in Eigenregie zu einer Kulturstätte des Landes verwandelt hat. Das bewährte und stetig verfeinerte Veranstaltungskonzept sowie die offenbar bis hierhin gute und enge Abstimmung mit den zuständigen Behörden haben die Veranstalter*innen bislang vor den als unvermeidlich geltenden Problemen klassischer Großveranstaltungen bewahrt.

Die Sicherheit auf dem Festival wird nach Angaben der Festivalleute neben professionellen Sicherheitsdienst von mehr als 10.000 Mitarbeiter*innen und Helfer*innen gewährleistet. Das entspräche einem Schlüssel von etwa eine*m Mitarbeiter*in auf sieben Festivalgäste.

Aber dann: *„Nun verweigert der aus Kiel stammende, Neubrandenburger Polizeipräsident Nils Hoffmann-Ritterbusch, der seit über 20 Jahren gewachsenen und bewährten Veranstaltungs- und Sicherheitsstruktur, im Unterschied zu allen seinen Vorgängern, die Zustimmung“*, heißt es in der Mitteilung von Anfang Mai 2019. *„Der erst seit 2016 amtierende Polizeipräsident fordert für das Kulturfestival nun eine eigens zu errichtende Polizeiwache mitten auf dem Festivalgelände. Darüber hinaus soll auf dem gesamten Festivalgelände eine anlasslose und verdachtsunabhängige Bestreifung durch uniformierte und verdeckte Polizeibeamte erfolgen. Für seine Forderung kann Ritterbusch-Hoffmann allerdings keine nachvollziehbaren Gründe oder Zahlen vorlegen. Die durch seine eigene Behörde veröffentlichten Bilanzen bezeichneten den Ablauf des Fusion-Festivals in den vergangenen Jahren als „ohne besondere Vorkommnisse“ [2018], „weitestgehend störungsfrei“ [2014, 2015] sowie „ruhig*

und erwartungsgemäß“ [2016].“

Man ist also skeptisch, ob es nicht um etwas ganz anderes geht.

*„Diese gemeinsame Leistung von Behörden, Polizei und Veranstalter*innen wird ohne Anlass aufs Spiel gesetzt, indem unsere erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit nun einseitig durch Herrn Hoffmann-Ritterbusch aufgekündigt wird“,* sagt Martin Eulenhaupt, Vorstand des Veranstaltungsvereins Kulturkosmos Müritz e.V. *„Während sämtliche zuständige Ämter und Behörden, wie jedes Jahr konstruktiv mit dem Kulturkosmos zusammenarbeiten, sperrt sich der Polizeipräsident gegen sämtliche Kompromissvorschläge der Veranstalter. So hatte der Kulturkosmos zur Beilegung des Konfliktes sogar die Einrichtung einer mobilen Polizeiwache in unmittelbarer Nähe des Festivalgeländes vorgeschlagen.“*

Und so sehen sie die Freiheit der Kunst in Gefahr. *„Die Philosophie des Fusion-Festivals baut auf der Freiheit der Kunst und der freien Entfaltung der Gäste auf. In 22 Jahren ist eine Struktur entstanden, die im Zusammenspiel von verantwortungsvollem Publikum und einer hohen Zahl von Mitarbeitenden eine bessere Sicherheitslage für alle Beteiligten schafft, als es hunderte Polizisten auf dem Gelände je schaffen könnten“,* sagt Suse von Essen vom Kulturkosmos. Dieses nachgewiesenermaßen erfolgreiche und effektive Modellprojekt sei ein Leuchtturm der offenen und liberalen Gesellschaft und sollte als solches gefördert statt angegriffen werden.

„Sollte sich der destruktive Kurs des Polizeipräsidenten durchsetzen, sehen wir keine Grundlage mehr, das Festival auch in den nächsten Jahren in Mecklenburg-Vorpommern zu veranstalten“, so Eulenhaupt abschließend. Dadurch sei im Übrigen auch das Theaterfestival at.tension in Lärz gefährdet.

Neubrandenburgs Polizeipräsident Nils Hoffmann-Ritterbusch hingegen sieht nach Recherchen der „taz“ bei dem Festival hingegen die Beteiligung *„politischer, in Teilen hoch gewaltbereiter Personen“*. Das geht aus einem Schreiben des Polizeipräsidenten an das Ordnungsamt hervor.

Und da erhärtet sich der Verdacht der Veranstaltenden, denn das Festival fiel bislang in einer Sache gar nicht auf: dass es auf politisch Besuchgruppen abzielte. Einziger politischer Wink kam erst jetzt in dem Ausspruch, das Fusion-Festival sei *„Vier Tage Ferienkommunismus“*.

Der Spiegel befragte dazu etwa den auf Veranstaltungsberatung spezialisierten Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht Thomas Waetke, der bemerkt: *„Nicht jede*

Sicherheitsmaßnahme, die sich auf dem Papier gut liest, funktioniert zwingend in der Praxis. Zum Beispiel will der Besucher nicht vor lauter Sicherheit eingeeengt und dauernd beobachtet werden“ und erklärt den durchaus weiten Rechtsbereich von Versammlungsstättenverordnung, Sicherheits-Ordnungsgesetz, Gaststättenrecht oder dem Straßenverkehrsrecht.

Der Veranstalter haben nun eine Sonderseite zur Thematik unter www.kulturkosmos.de geschaltet und rufen außerdem zur Unterzeichnung einer Petition auf unter kulturkosmos.de/mitmachen.

Related Post



Musikclubs sind kein
Vergnügen mehr

Das Recht auf Club!

Konfusion um
„Fusion“

London Calling

